

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration am Dienstag, den 10.09.2024, um 17:00 Uhr im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126/127

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:03 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzes
4. Bestätigung der Schriftführerin
5. Vorstellung der einzelnen Fachämter
6. Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen
Beschlussvorlage: 070/2024
7. Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche
Beschlussvorlage: 071/2024
8. Information zur Ermittlung der Angemessenheitswerte zu den Kosten der Unterkunft
9. Informationen aus der Verwaltung

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Wotschefski**, begrüßt alle Anwesenden zur 1. Sitzung in der neu gewählten Formation des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration.

Herr Wotschefski stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Die Beschlussfähigkeit liegt vor.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Wotschefski kündigt an, dass ein neuer Tagesordnungspunkt - Wahl des Ausschussvorsitzes - eingefügt wird. Demzufolge verschieben sich alle nachfolgenden Tagesordnungen jeweils um eine Position nach hinten.

Anmerkung

Herr Losensky bringt den Vorschlag ein, dass unter dem Tagesordnungspunkt "Informationen aus der Verwaltung" auch Fragen von Ausschussmitgliedern zugelassen werden sollten.

Frau Kaiser erwidert, dass die Verwaltung sich auf spezifische Fragen vorbereiten müsse und dass die Geschäftsordnung bereits Regelungen für Anfragen enthalte.

Herr Wotschefski signalisiert Verständnis für das Anliegen und verspricht, aktuelle Fragen in der Sitzung zu berücksichtigen.

Herr Haberkorn regt an, den Beginn der Ausschusssitzungen von 17:00 Uhr auf 18:00 Uhr zu verlegen, um berufstätigen Mitgliedern entgegenzukommen.

Herr Wotschefski weist darauf hin, dass dieser Punkt am Ende der Sitzung unter TOP 9 behandelt wird, da die Tagesordnung zunächst bestätigt werden müsse.

zugestimmt

Zu TOP 3 Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzes

Für die Wahl des Ausschussvorsitzes wird Frau Kerstin Folgner durch den Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen. Es wird einstimmig beschlossen, eine offene Wahl durchzuführen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration hat mit zwei Enthaltungen Frau Kerstin Folgner zur Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Frau Folgner hat die Wahl angenommen und sich kurz vorgestellt.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 2
mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 4 Bestätigung der Schriftführerin

Frau Kaiser stellt Frau Susen Kunze kurz als neue Schriftführerin des Ausschusses vor.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Vorstellung der einzelnen Fachämter

Herr Wotschefski übergibt das Wort.

Frau Wollschläger, Leiterin der Sozialplanung und Controlling, begrüßt den Ausschuss und stellt anhand einer Präsentation den Bereich vor.

Die Präsentation ist als Anlage („01_Vorstellung Sozialplanung und Controlling“) beigefügt.

Der Amtsleiter des Sozialamtes, **Herr Ludwig**, begrüßt die Ausschussmitglieder und präsentiert das Sozialamt anhand einer Präsentation.

Die Präsentation ist als Anlage (Anlage „02_Vorstellung des Sozialamtes“) beigefügt.

Nachfrage

Frau Wiedemann stellt eine Nachfrage zum Thema Bildung und Teilhabe, insbesondere zum Anteil der Bundesmittel und Landkreismittel.

Herr Ludwig gibt an, die Informationen nachzuliefern, da das Sozialamt nur einen Teil der Leistung ausmacht und für eine vollständige Aussage auch das Amt für Ausländerangelegenheiten und das Jobcenter einbezogen werden sollten.

Frau Kaiser, geht auf die Dezentralisierung der Ausreichung der Bundesmittel in der Verwaltung ein, und unterscheidet zwischen verschiedenen Umsetzungsszenarien und Ebenen, für die der Landkreis verantwortlich ist.

Die Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, **Frau Haupt** begrüßt die Ausschussmitglieder und gibt einen Überblick über das Amt.

Die Präsentation ist als Anlage (Anlage „03_Vorstellung des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration“) beigefügt.

Nachfragen

Frau Freninez möchte wissen, inwieweit die bauliche Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten mit dem Ortsbeirat Petersdorf besprochen wurde.

Frau Kaiser legt dar, dass die Belange vor Ort im Blick behalten werden. Sie weist auf die seit 2016/2017 laufenden Abstimmungen mit dem Amt und der Gemeinde zur Betreibung des Objektes als Gemeinschaftsunterkunft hin.

Herr Losensky möchte wissen, ob die Aufstockung bzgl. der Unterbringungsmöglichkeiten in den Größenordnungen notwendig sei, hinsichtlich der damit verbundenen Kosten.

Frau Kaiser betont die Schwierigkeit, die tatsächlichen Zugänge und Zuweisungen durch das Land zu planen, und die Notwendigkeit vorausschauend zu handeln.

Herr Storeck möchte wissen, was wird dafür getan, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren.

Frau Kaiser erklärt, dass der Landkreis nicht mehr für Rückführungen zuständig ist, da diese Aufgabe bei der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) liegt, und der Landkreis nur einen kleinen Anteil an Bewohnern hat, die unter die Kategorie der Rückzuführenden fallen.

Herr Haberkorn möchte wissen, wie die Mietpreisgestaltung von Wohnungen aussieht und ob die Nutzung eines Hotels in Wiesenau noch aktuell ist.

Der Landkreis übernimmt die sozial angemessenen Mieten, so **Frau Haupt**.

Frau Haupt teilt mit, dass das Thema Wiesenau nicht mehr aktuell sei.

Frau Rimpler möchte wissen, warum der Landkreis mehr Flüchtlinge aufnimmt als nötig.

Frau Haupt erklärt, dass die Verteilung auf Basis des Königsteiner Schlüssels erfolgt und dass es zu Beginn des Jahres ein höheres Aufnahmesoll gab, das später nach unten korrigiert wurde.

Frau Wiedemann möchte wissen, welche Projekte und Maßnahmen über das auslaufende Integrationsbudget, nicht mehr gefördert werden können.

Frau Kaiser teilt mit, dass das Integrationsbudget vom Land zur Verfügung gestellt wird und befristet ist. Es wird erwartet, dass es ab dem Jahr 2025 nicht mehr fortgeführt wird. Eine Auflistung der geförderten Maßnahmen wird in dem nächsten Ausschuss als Info eingebracht.

Herr Natusch, fragt nach was unter der hohen Personalfuktuation im Amt für Ausländerangelegenheiten zu verstehen ist.

Frau Haupt gibt an, dass der Fachkräftemangel dazu beiträgt und es schwierig ist, Stellen kurzfristig zu besetzen. Elternzeit und der Wunsch nach anderen Stellen entsprechend der Qualifikation seien weitere Gründe für die Fluktuation.

Herr Natusch hinterfragt die Notwendigkeit der Schaffung weiterer Kapazitäten, wenn doch die Auslastung aktuell bei 75% liegt.

Frau Haupt erklärt, dass nicht jeder Platz belegbar sei und individuelle Bedarfe abgedeckt werden müssten. Zudem seien einige Plätze aufgrund von Familienkonstellationen nicht belegbar. Die Schaffung von Kapazitäten sei notwendig, um in Krisensituationen handlungsfähig zu sein und als Ersatz von Bestandsobjekten durch auslaufende Verträge.

Frau Schokat gibt einen Überblick, über den Bereich Senioren-, Behinderten- und Integrationsbeauftragte.

Die Präsentation ist als Anlage (*Anlage „04_Vorstellung SBI Beauftragte“*) beigefügt.

**Zu TOP 6 Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen
Vorlage: 070/2024**

Frau Kaiser erklärt, dass im Bereich der Eingliederungshilfe Kostenerhöhungen zu verzeichnen sind, die im Planungsjahr 2023 nicht vorhersehbar waren. Eine Refinanzierung, durch das Land ist voraussichtlich im Dezember 2024 realisierbar.

einstimmig zugestimmt
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3

**Zu TOP 7 Überplanmäßige Haushaltsausgaben zur Finanzierung der Eingliederungshilfekosten in den besonderen Wohnformen für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 071/2024**

Frau Kaiser teilt mit, dass es auch hier unterjährige außerplanmäßige Kostensteigerungen gab, die einer haushaltsrechtlichen Nachsteuerung bedürfen.

Nachfragen

Herr Haberkorn möchte wissen, von wem die Kosten erstellt werden und wer die tatsächliche Höhe prüft.

Herr Ludwig führt an, dass die Kosten auf Basis von Vereinbarungen mit anerkannten Trägern und unter Einbindung des Landesamtes für Soziales und Versorgung festgelegt werden. Die Kostensätze werden durch die Serviceeinheit Entgeltwesen verhandelt und in Vergütungsvereinbarungen festgehalten, die eine bestimmte Laufzeit haben und Planungssicherheit bieten.

Herr Haberkorn fragt nach, wer prüft ob die Mehrforderungen tatsächlich entstanden sind. Die Mehrkosten ergeben sich aus den individuellen Ansprüchen der leistungsberechtigten Bürger, für jede Summe gibt es einen Bescheid und auch eine Abrechnung, so **Herr Ludwig**.

Frau Wiedemann fragt, warum es zur einer fachlichen Trennung zwischen Jugendamt und Sozialamt kommt.

Frau Kaiser umreißt die Kriterien der Zuständigkeit zu den unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben der SGB VIII und IX.

Herr Natusch fragt, warum die Mehrforderungen einerseits auf Tarifierhöhung, andererseits auf Kostensteigerungen zurückzuführen sind.

Herr Ludwig führt an, dass die Ausgaben aus der Auszahlung der Sozialleistungen resultieren, die an Personen gekoppelt sind und in Vergütungsvereinbarungen festgelegt werden. Diese Vereinbarungen werden verhandelt und können zu Kostensteigerungen führen, beispielsweise aufgrund von Personalkosten.

Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 2
einstimmig zugestimmt

Zu TOP 8 Information zur Ermittlung der Angemessenheitswerte zu den Kosten der Unterkunft

Frau Kaiser informiert über die Ermittlung der Angemessenheitswerte zu den Kosten der Unterkunft, die aus dem SGB II resultieren.

Die Präsentation ist als Anlage („TOP_5_Präsentation KdU“) beigefügt.

Zu TOP 9 Informationen aus der Verwaltung

Frau Kaiser informiert über die Personalbesetzung der Jugendamtsleitung. Herr Jörg Keppler, der zuvor fast 20 Jahre im Jobcenter tätig war, konnte die seit Ende Juli bestehende Leitungslücke schließen und ist bereits aktiv in seiner neuen Funktion. Der Jugendhilfeausschuss wurde bereits angehört.

Herr Storek bittet darum die Anfrage, den Beginn der Ausschusssitzungen von 17:00 Uhr auf 18:00 Uhr zu verlegen, um auch berufstätigen Mitgliedern der Bevölkerung die Teilnahme zu erleichtern, noch einmal zum thematisieren.

Herr Wotschefski schlägt vor, die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu verschieben, um vorab die Geschäftsordnung zu prüfen.

Nach einer Diskussionsrunde, leitet Herr Wotschefski die Abstimmung ein, mit vier Stimmen dafür und fünf dagegen, wird der Antrag, die Sitzungszeit auf 18.00 Uhr zu verlegen, abgelehnt. Die Sitzungszeit bleibt somit bei 17.00 Uhr.

Ja: 4 Nein: 5 Enthaltungen: 0
mehrheitlich abgelehnt

Björn Wotschefski

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Migration

Schriftführer